

20.02.2019

Vorlage für die Sitzung des Europaausschusses
am

Änderungsantrag

der Fraktionen von CDU, Bündnis90/Die Grünen und FDP

zu Drucksache 19/1202

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag bedauert, dass das Vereinigte Königreich Großbritannien und Nordirland aktuell weiter an der Absicht festhält, aus der Europäischen Union auszutreten und gibt seiner Hoffnung Ausdruck, dass die Beziehungen auch zukünftig eng und partnerschaftlich gestaltet werden.

Der Landtag bekräftigt dabei seine Überzeugung, dass eine Weiterentwicklung der europäischen Einigung im Interesse Schleswig-Holsteins, Deutschlands insgesamt und der europäischen Staaten liegt.

Der Landtag begrüßt die frühzeitig ergriffenen Maßnahmen der Landesregierung, sich trotz der unklaren Rahmenbedingungen des „Brexit“ auf die denkbaren Austrittsszenarien vorzubereiten. Durch das in Vorbereitung befindliche Brexit-Übergangsgesetz wird das Land für den Fall eines geregelten Austritts gerüstet sein. Für einen unregelmäßigten Austritt sind die internen Vorbereitungen zur Identifizierung des landespolitischen rechtlichen Anpassungsbedarfs oder die Einrichtung einer Task Force durch den Wirtschaftsminister zur Beratung der Unternehmen im Land zu aufkommenden Einzelfragen vorgenommen worden.

Neben wirtschaftlichen Konsequenzen sind auch Auswirkungen auf andere Bereiche wie Sozialversicherungs-, Bildungs- und Wissenschaftsfragen zu erwarten. Der Landtag begrüßt daher die zahlreichen Informationsangebote der Kammern, Verbände und weiterer Institutionen der Zivilgesellschaft in Schleswig-Holstein. Sie zeigen, dass die letzten beiden Jahre gut genutzt wurden, um sich auf den Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union vorzubereiten und stellen ein gutes und breites Angebot an Informationen für Bürgerinnen und Bürgern zu den verschiedenen Aspekten dar.

Das Europaministerium wird darum gebeten, dieses Informationsangebot zusammenzustellen. Die Landesregierung wird ferner gebeten, auf ihren Internetauftritten darauf hinzuweisen und dafür zu werben.

Schließlich bittet der Landtag die Landesregierung, den inhaltlich betroffenen und zuständigen Ausschüssen über die Vorbereitungen weiterhin zeitnah zu informieren.

Begründung:

Die Form und Auswirkungen des „Brexit“ sind derzeit unklar, daher ist es richtig, dass sich die Landesregierung auf die Szenarien vorbereitet. Darüber hinaus soll das breite Informations- und Beratungsangebot, das von Verbänden und Institutionen für die Bürgerinnen und Bürger aufgebaut wurde, von der Landesregierung aktiv beworben werden. Der Landtag legt großen Wert darauf, in diese Vorbereitungen weiterhin eng eingebunden zu werden.

Hartmut Hamerich
und Fraktion

Rasmus Andresen
und Fraktion

Stephan Holowaty
und Fraktion